

BUNDESTAGSWAHL 2025

Kurswechsel für einen starken Industriestandort

KONTEXT

Am 23. Februar 2025 steht eine Richtungsentscheidung an: Deutschland hat die Chance, für einen wirtschaftspolitischen Aufbruch zu stimmen, für Wettbewerbsfähigkeit, Leistung und unternehmerische Freiheit.

FAKTEN

- Die Bundesrepublik verfügt über ausreichend finanzielle Möglichkeiten: Die Steuereinnahmen lagen 2023 bei 916 Mrd. Euro. 2024 werden es geschätzt 942 Mrd. Euro sein. Das Problem liegt klar auf der Ausgabenseite.
- Die überbordende Bürokratie kostet uns laut ifo-Institut jedes Jahr fast 150 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung.
- In der öffentlichen Verwaltung werden immer neue Stellen geschaffen. In den letzten Jahren fünf Jahren waren es über 250.000. Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 240.000 gesunken.

10 MAßNAHMEN FÜR EINEN STARKEN STANDORT

Wettbewerbsfähigkeit stärken

- Zur Stärkung der **Wettbewerbsfähigkeit** müssen Industrie und Politik an einem Strang ziehen. Wir brauchen einen **Kurswechsel** für einen starken Industriestandort.
- Wir fordern mehr **unternehmerische Freiheit** und zugleich **verlässliche Rahmenbedingungen**. So schaffen wir ein Klima für **Investitionen** und gut entlohnte Arbeitskräfte.
- Wir wollen unsere erfolgreiche **Sozialpartnerschaft** fortsetzen. Der Gesetzgeber sollte den Tarifpartnern vertrauen und ihnen mehr Spielräume geben, um innovative und passgenaue Lösungen zu schaffen. Sollte er dennoch aktiv werden, braucht es **Öffnungsklauseln** für tarifgebundene Unternehmen.

Sozialsysteme generationengerecht reformieren

- Wir fordern ein leistungsfähiges und effizientes System der sozialen Sicherung. In ihrer aktuellen Höhe sind die **Arbeitskosten** nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir fordern deshalb strukturelle Reformen in allen Sozialversicherungen und perspektivisch eine **Beitragslast von unter 40 Prozent**.
- Die **gesetzliche Rente** muss **generationengerecht** ausgestaltet werden. Die **Regelaltersgrenze** muss weiter steigen können und künftige **Rentenerhöhungen** sollten gedämpft werden.
- Die bestehenden **Systeme der betrieblichen Altersversorgung** haben sich bewährt – das gilt auch in der modernen Form des **Sozialpartnermodells** unserer Branche. Die Politik sollte diese leistungsstarke Form der Zusatzversorgung weiter fördern

Mehr Flexibilität, bessere Bildung und weniger Bürokratie

- Das **Arbeitszeitgesetz** ist aus der Zeit gefallen. Eine wöchentliche statt tägliche **Höchst Arbeitszeit** sollte der Maßstab sein. Auch die **Ruhezeiten** ließen sich ohne Absenkung flexibler gestalten.
- Die **berufliche Bildung** muss stärker als Karriereweg mit sehr guter Zukunftsperspektive wahrgenommen werden. Es braucht keine neuen Förderinstrumente zur Aus- und Weiterbildung. Die **Berufsschulen** benötigen aber massive Investitionen in Infrastruktur, Fachpersonal und Qualifizierung.
- Das Zusammenspiel der unzähligen **Berichterstattungspflichten** überfordert die Unternehmen. Wir brauchen einen echten **Bürokratieabbau** in Berlin und Brüssel.
- Eine starke Wirtschaft führt zu einem starken Land und damit einem **starken Europa**. Im Gegenzug erwarten wir von der Politik, dass sie sich bei der **europäischen Rechtsetzung** stärker für unsere Interessen einsetzt.